

Beilage zu Nummer 143 der Volksstimme.

Mittwoch den 21. Juni 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 21. Juni 1916.

Mangel an Kartoffeln.

Unerschwingliche Gemüsepreise.

Für 1 Pfund
eilage . 2,30
eilage . 3,40
ohne . 3,80
... 1,50
... 0,50... 2,30
... 2,80
... 2,40
... 2,50
... 1,50
... 0,40
... 0,50... 2,30
... 2,50
... 3,00
... 1,00... 1,30
... 1,10
... 2,40
... 2,50
... 0,40
... 2,20
... 2,80
... 1,80
... 0,50... 1,80
... 2,20
... 2,50
... 2,20

Annochen in

von Schen,
von Schen
gabe an Ver-ntgewichts in
Auch zu ver-
Seitenpfeil,
stärkten als
stellt werden
folgen dürfen
Verkauf nichtt auf Fleisch
nicht auf von
hches Fleisch
re Preise jeDauerwaren
eingeführt
Stunden auf
ist wird, vor-
stomemarkt
als Ware
Die Verkäufer
guten Stücken
sind ferner
Hilfsstoffe 1/2
den in Aus-
vom Ver-
preis darf
werden, sofern
Verkaufspreists bezogenen
Juni bis 24
Aufmachungs-
erben vorge-
Die Mitteilung
geht in ders Höchstpreise
in der Pol-
Januar 1915
bis zu 1916
Auch kann
September 1915
er Personen
Geschäft ge-da. Jo. ab-
entfaltung in

strat.

ionalität

rieg.

u. Neuen Zel-

rminia.
Sollstimm

In Wiesbaden und in einer Reihe anderer Großstädte herrscht seit einigen Wochen ein recht fühlbarer Kartoffelmangel, der um so unbegreiflicher erscheint, als um die Mittagszeit herum überall ausgespart wurde. Kartoffeln seien in Ueberschuß vorhanden und würden den Konsumenten zu geringem Preise angeboten. Jetzt wird wieder behauptet, die Kartoffel sei in Wirklichkeit gar nicht reichlich gewesen, wie allgemein angenommen werde, auch sei in dieser Zeit immer umschluß des Erntejahres ein erheblicher Mangel an Erdäpfeln zu verzeichnen gewesen. Wer glaubt aber daran? Kein Verstandiger, denn in Wirklichkeit war auch wieder die elende Preis- und Spekulationswut der patriotischen Produzenten schuld; vom 16. Juni ab haben die Landwirte laut Landesratsverordnung vom 2. März 1916 wieder 5 Mark für die Tonne erhalten. Darum allein stieg der Kartoffelmarkt, weil die Einfuhr zurückgehalten wurde, und die Armen mußten aus vaterländischem Interesse noch mehr den Schmachtriemen enger schnallen. Das ist ein verführerischer Stand.

Kleinliche Verhältnisse sind auf dem Kohlmarkt zu beobachten. Preise von unerhörter Höhe werden für kleine Mengen gefordert und wenn darüber gehandelt wird, heißt sofort: Ja, was ist nur, nicht einmal im Herbst wird der Kohl billiger, wie er heute ist. Diese Drohung ist kein Scherz! Tatsächlich werden jetzt von den großen Konsumfabriken Abkürzungen auf Kohl, der im Herbst erst geerntet werden soll, gemacht. Der Preiskohl wird jetzt schon mit 40.70 Mark verhandelt; in normalen Zeiten zahlte man etwa 6—10 Mark.

Durch derartige Manipulationen haben die Bauern in den letzten 2 Jahren ganz gewaltige Summen verdient. Einen Geldstrom hat der Bauer der Kriegszeit kein Lebtage nicht erlebt. So wird z. B. im Geschäftsbericht der hiesigen Zentralbank ausgedrückt:

„Einen derartigen Geldzufluß haben wir noch nie gehabt, es hätte ihn auch niemand für möglich gehalten. So auch Lage, an denen von unseren Genossenschaften bei der Deutschen Zentral-Genossenschaftsbank 200.000 Mark, ja sogar über eine Viertelmillion eingingen. Durch die Kriegsanleihen — einschließlich der letzten, deren Ergebnis bei uns 85.000.000 Mark betrug — sind unseren Spar- und Darlehnskassenvereinen im ganzen 16.470.000 Mark entzogen, eine für unseren kleinen Bezirk und ganz ländlichen Verhältnisse recht hohe Summe.“

Das zeigt die Geldkraft immer mehr. Und wir können verstehen, daß gerade solche Interessen-Genossenschaften — einschließlich der letzten, deren Ergebnis bei uns 85.000.000 Mark betrug — sind unseren Spar- und Darlehnskassenvereinen im ganzen 16.470.000 Mark entzogen, eine für unseren kleinen Bezirk und ganz ländlichen Verhältnisse recht hohe Summe.“

Das zeigt die Geldkraft immer mehr. Und wir können verstehen, daß gerade solche Interessen-Genossenschaften — einschließlich der letzten, deren Ergebnis bei uns 85.000.000 Mark betrug — sind unseren Spar- und Darlehnskassenvereinen im ganzen 16.470.000 Mark entzogen, eine für unseren kleinen Bezirk und ganz ländlichen Verhältnisse recht hohe Summe.“

„In Offen kam es am vergangenen Freitag zu lebhaften Demonstrationen vor und am Rathaus, wozu sich viele Hundert Frauen eingefunden hatten. In den einzelnen Stadtvierteln ging es außerordentlich lebhaft zu. Stellenweise hatten in Ueberschuß befindliche Soldaten, daß die Kartoffeln rascher entzerrt wurden, als daß in der Infanterie des Fußmarsches vorzugehen war. An einer anderen Stelle, wo in einem Geschäft 2 Zentner abgeladen werden sollten, warfen sich Kinder vor den Wagen auf die Straße und schrien nicht eher auf, bis der Fuhrmann noch ein paar Zentner zugegeben hatte.“

Die Empörung der Kartoffelkäuferinnen wurde an diesem Tage noch erheblich dadurch gesteigert, daß stellenweise Kartoffeln zur Ausgabe gelangten, die zu sieben Geboten verkauft waren, während der Rest sich beim Kochen ebenfalls als total unbrauchbar, weil erstoren, herausstellte.“

In München kam es in voriger Woche leider zu Gewalttätigkeiten. Besonders auf dem Viktualienmarkt herrschte nach der riefstigen Andrang. Ausschreitungen wiederholten sich. Die „Münchener Post“ gibt dazu folgendes Stimmungsbild:

„Seit Sonntag früh — zu spät — werden in den Schulen unsere Zuzugskarten abgegeben. Bei den Verteilungsstellen herrscht aber noch manche irrige Meinung darüber zu herrschen, daß einer solchen Zuzugskarte bedürftig ist. Es sollte doch nicht kommen, daß man einen Mann mit sieben Kindern verweist, weil er ein Beamter, wohlgeachtet ein kleiner Beamter. Gerade in den Kreisen dieser Festbesoldeten, die ein geringes Gehalt und eine sehr mäßige Teuerungszulage haben, macht sich die Lebensmittelknappheit außerordentlich fühlbar. Man darf von den mit der Kartenverteilung Betrauten erwarten, daß sie, nachdem man oben durch die geräuschvollen Vorgänge erwidert ist, die Situation übersehen und nun nicht selbst bürokratisch-empörig verfahren, nachdem man ihnen die Möglichkeit zu helfen gegeben hat. An die Adresse der Schulleitung ist die Mahnung zu richten, so gut es geht, den Schulbetrieb auszuheben und die Kinder wieder zu unterrichten.“

Der Jugend, die am Sonntag den Viktualienmarkt bedrückte, man deutlich an, daß die Schuldisziplin seit Ausbruch des Krieges gelockert ist. Der Vater ist im Krieg, die Mutter jagt — zumeist vergeblich — nach Lebensmitteln und muß die verbleibende Zeit auf die Arbeit verwenden. Wenn da die Schule noch noch verfaßt, dann darf man sich über verschiedenes nicht wundern. Unter Unterricht verheßen wir natürlich Bekanntheit mit dem vorgefährten Lehrstoff. Die Wehrkraftungen sind hierüber einsehend anderer Meinung. Diese Jungen fühlen sich am Sonntag als „Krieger des Vaterlandes“ berufen. Ich sah einen Knaben hoch stolz mit dem Gewehr einhermarschieren, und einem Kameraden erzählte er vernommend: „Wir haben jetzt Gewehr gefaßt, weil wir die Ordnung wieder herstellen müssen.“ Und doch ist gerade das Wehrkraftverhältnis todauflöslich. Denn Wehrkraftungen waren es, die die Mädel der „Münchener Post“, die beruhigend auf die Bevölkerung wirken, abriefen. Man hat ein paar dieser Jungen dabei beobachtet und verfolgt. Leider aber nicht erwünscht. Die Schulleitung mag sich rühren und sich wieder ihrer wirklichen Aufgabe widmen. Den Eltern wäre nichts damit gedient, wenn man auch hier zu spät einsehen sollte, was verfaßt wurde. Also alle Kräfte, auch die Wehrkräfte, anspannen, arbeiten und gut machen, was noch gut zu machen ist.“

Stadtverordnetenversammlung. Am Freitag dieser Woche, nachmittags 4 Uhr, findet eine Sitzung der Stadtverordneten mit

folgender Tagesordnung statt: 1. Beratung und Feststellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1916. Ver. Fin.-A. 2. Bewilligung von 2000 Mark für die Dienstbotenschule Wiesbaden. 3. Beteiligung der Stadt Wiesbaden an der Reichsbedienstetenstelle. 4. Renzwahl eines Mitglieds der Einkommensteuer-Berechnungskommission. 5. Pensionierung eines Mitglieds der hiesigen Kurfürstlichen.

Fahrplanänderung. Um auch Werktags den längeren Aufenthalt im Walde zu ermöglichen, wird in den Monaten Juli und August zwischen den Stationen Eiserne Hand und Wiesbaden (wie in dem Sommerfahrplan vorgesehen war) nicht der Bus 4038 (Eiserne Hand Abf. 6.54 Uhr), sondern der Personenzug 4062 (Eiserne Hand Abf. 8.26 Uhr, Wiesbaden Ankunft 9.11 Uhr abends) an den Werktagen verkehren.

Aus den umliegenden Kreisen.

Die neuen Kriegsgeldbeschlüsse.

In Abänderung der bestehenden Vorschriften über die Gewährung von Kriegsgeldbeschlüssen (Erlasse vom 22. September, 9. November 1915) ist bestimmt worden, daß vom 1. Juli 1916 ab Kriegsgeldbeschlüsse nach folgenden Sätzen zu zahlen sind:

1. an etatsmäßige Angestellte oder ständig gegen Entgelt beschäftigte außeretatsmäßige Beamte
a) mit einem Dienstverdienst bis zu 2400 Mark, außeretatsmäßige bis zu 2700 Mark folgende Beträge:

In den Orten der Tarifklasse zum Wohnungsgeldzuschlag

	A und B	C und D	E
	monatlich		
an kinderlos verheiratete Beamte	8 Mk.	6 Mk.	5 Mk.
Beamte mit einem Kinde	12 „	10 „	8 „
„ „ zwei Kindern	14 „	12 „	10 „
„ „ drei Kindern	18 „	16 „	14 „

Für jedes folgende Kind je 4 Mark mehr;

b) mit einem Dienstverdienst von mehr als 2400 (2700) Mark bis zu 3000 Mark, außeretatsmäßige Beamte bis zu 3300 Mark

	monatlich		
an kinderlos verheiratete Beamte	— Mk.	— Mk.	— Mk.
Beamte mit einem Kinde	8 „	6 „	5 „
„ „ zwei Kindern	10 „	8 „	7 „
„ „ drei Kindern	13 „	11 „	10 „

Für jedes folgende Kind je 3 Mark mehr.

2. Den unter 1a bezeichneten Beamten sind die dort bestimmten Beträge beim Aufsteigen in ein Dienstverdienst von mehr als 2400 Mark in soweit weiter zu zahlen, als bei Gewährung der dann an sich zustehenden Sätze zu 1b etwa das Gesamteinkommen hinter dem bisherigen Betrage zurückbleiben würde. Im übrigen bleiben die jetzt geltenden Vorschriften in Kraft, also auch die, daß nur Kinder unter 15 Jahren zu berücksichtigen sind.

3. Bei Lohnangestellten höherer Ordnung ist ebenso zu verfahren.

Schwanheim, 20. Juni. (Butterverkauf.) Am Freitag, 18. Juni, hat bei den gegenwärtigen der Verkauf von Butter für die Nr. 921 bis 1291 und 1 bis 140 statt, Preis 2.66 Mk. das Pfund; ferner Erbsen, Erdbeeren, Weizen und Gerst für die Nr. 1 bis 1291. Es erhalten: eine Person 1/2 Pfund, 2 bis 4 Personen 1 Pfund, 5 bis 7 Personen 1 1/2 Pfund und 8 und mehr Personen 2 Pfund.

Bischofsheim, 21. Juni. (Die alte Unsitte.) Wieder hat das Spiel mit einer Waffe ein Menschenleben gefordert. Am Montag nachmittags hantierten hier einige junge Burschen mit einem Terzerol, wobei sich die Waffe entlud und die Augen dem 23-jährigen Kriegsinvaliden Paul Krostewitz in die Brust drang. Der Bedauernswerte ist seinen Verletzungen sofort erlegen.

Sanau, 21. Juni. (Schwurgericht.) Gegenstand der gestrigen Schwurgerichtsverhandlung war die Strafsache Gottlieb und Genossen. Der Schweinehändler und Landwirt Karl Kromm von Völkert 25 in Juba gelaufte Ferkel abgeben. Hierzu bedurfte er aber gemäß einer Viehzuchtspolizeilichen Anordnung eines Ursprungszeugnisses, das er nicht beibringen konnte. Er verzweifelte deshalb den Landwirtsohn Heinrich Gottlieb aus Völkert, ihn zu beschuldigen, daß die Ferkel aus den Ställen dreier Völkertöchter stammten. Diese unrichtigen Angaben wurden von dem ersten Gemeindefürsorgebeamten und damaligen stellvertretenden Bürgermeister Ludwig Gottlieb, dem Vater des Heinrich Gottlieb, amtlich beglaubigt. Auf Grund dieser Ursprungszeugnisse gelang es dem Sohne des Schweinehändlers Kromm, Konrad Kromm, dem Ortsdiener Konrad Völler und Heinrich Gottlieb aus Völkert, die Ferkel auf dem Hofe seiner Mutter zu verkaufen. Durch eines der verkauften Tiere wurde in das Geschäft des Gemeindefürsorgebeamten Altknecht die Maul- und Klauenseuche übertragen. Die behördlichen Nachforschungen brachten nunmehr die Fälschung der Ursprungszeugnisse ans Tageslicht und die Beteiligten, mit Ausnahme des jetzt im Heeresdienste stehenden Heinrich Gottlieb, vor die Geschworenen. Den Angeklagten wird in der Hauptsache schwere Urkundenfälschung bezw. wissenschaftliche Benutzung gefälschter Urkunden zur Last gelegt. Dem Angeklagten Ludwig Gottlieb wurden bei Einberufung des Bürgermeisters dessen Dienstgeschäfte übertragen. Gottlieb will diesem Amt nicht gewachsen gewesen sein. Da verschiedene Gesuche um Entlassung von dem Posten erfolglos waren, habe er die Geschäfte mit Hilfe seines Sohnes Heinrich erledigt. Er will die Ursprungszeugnisse unterschrieben haben, ohne diese auf ihren Inhalt zu prüfen, da er keine Ursache hatte, an dem Attest seines Sohnes zu zweifeln. Auch auf den Vorhalt des Gerichts, vorstehend, daß er vor dem Untersuchungsrichter zugegeben habe, bewußt etwas Falsches beschworen zu haben, bleibt Gottlieb bei seiner obigen Aussage. Der Ortsdiener Konrad Völler gibt zu, daß ihm die Fälschung der Zeugnisse bekannt war; im übrigen habe er kein Interesse an der Sache gehabt. Konrad Kromm wußte ebenfalls von der Fälschung, machte aber von den Zeugnissen Gebrauch, um seinem Vater nicht zu widersprechen. Nach der Vernehmung der Angeklagten beschloß der Gerichtshof, die Strafsache gegen den Gemeindefürsorgebeamten Ludwig Gottlieb abzutrennen und der nächsten Tagung des Schwurgerichts zu überweisen. Das Urteil gegen die drei übrigen Angeklagten wurde erst in später Abendstunde gefällt. Es lautete wegen Vergehens gegen § 273 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 74, 8 des Reichswehrgesetzes gegen K. Kromm auf sechs Monate Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe, gegen Konrad Völler auf vier Monate und Konrad Kromm auf einen Monat Gefängnis.

Sanau, 21. Juni. (Zum Fleischverkauf.) Bis uns der Magistrat mitteilt, haben in dieser Woche nur die

Fleischmärkte mit dem grünen Aufdruck I und in der nächsten Woche nur diejenigen mit dem Aufdruck II Gültigkeit. Der Fleischverkauf findet wieder Donnerstag und Samstag in den Stunden von 7—12 Uhr vormittags statt. Vorausbestellungen auf Fleisch sind nicht mehr zulässig.

Darmstadt, 21. Juni. (Wegen Sittlichkeitsverbrechen) wurden in zwei besonderen Verhandlungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit der 47 Jahre alte Invalide Adam Lamm zu 9 Monaten, und der Tagelöhner G. G. Schuster aus Neu-Isenburg zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Vahrenhausen, 17. Juni. (Zu Tode gerädert.) Die 23-jährige Tochter des Schmiedemeisters Hauptshofer geriet beim Solabfahren unter den schwerbeladenen Wagen und wurde getötet.

Dieburg, 19. Juni. (Der Höchstpreis für Eier) ist vom Kreisamt mit Geltung für den ganzen Kreis Dieburg auf 20 Pfennige beim Verkauf an den Händler und auf 22 Pfennige an den Selbstverbraucher festgesetzt worden. Nebenvergütungen aller Art, wie Bräuerlohn usw., sind bei Strafe verboten. Im Falle der Zuwiderhandlung kann die Ausweisung erlassen und der Handel unterlagert werden.

Bad Gm., 18. Juni. (Die Stadtverordneten) erörterten die Lebensmittelversorgung unter Berücksichtigung des Fremdenverkehrs. Auch fernerhin entfällt auf die Person wöchentlich ein halbes Pfund Fleisch.

Aus dem Oberwesterwaldkreis, 18. Juni. Der Kreisaußschuß hat die Rudererteilung geregelt. Es werden Ruderarten eingeführt, die auf die Person und den Monat 70 Gramm betragen. Auch die Preise sind festgesetzt worden. Alle Ruderarten kosten das Pfund 30 Pfennige, mit Ausnahme von Würfelruder (31 Pfennige), weißen Ruder (55 Pfennige), farbigen Ruder (55 Pfennige) und schwarzen Ruder (60 Pf.).

Die Fleischverteilung läßt noch viel zu wünschen übrig, besonders in Sachsenburg. Dort erhalten bei jeder Schlachtung die Bewohner Sachsenburgs morgens Fleisch, die Landbevölkerung nachmittags. Die Folge dieser Anordnung ist, daß für die Landbevölkerung nur noch Kalbfleisch übrig bleibt. Es gibt Familien auf dem Lande, die seit Ostern weder ein Kind noch Schweinefleisch gesehen haben. Ein weiterer Mangel ist der, daß auch in einzelnen Dörfern zerschichtet wird, z. B. in Abelsdorf und Alkenroth. Die Bewohner dieser Orte können sich aber ebensoviele noch in Sachsenburg Fleisch besorgen, wie jeder andere Landbewohner. Sie erhalten also doppelt Fleisch. Man sollte meinen, es ließe sich doch auch hier eine gerechtere Verteilung ermöglichen, besonders auch mit Berücksichtigung der Hausverhältnisse, die bis jetzt ganz außer Berechnung bleiben.

Aus Frankfurt a. M.

Streik im Hause Limpurg.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung verlief die ersten zwei Stunden ruhig — sachlich. Die Magistratsvorlagen wurden widerspruchlos genehmigt, und bei den Berichten der Ausschüsse rief der Antrag Dr. Rump, der sich mit Hausbesitzerfragen beschäftigte, eine längere Debatte hervor, die sich bis gegen 1/8 Uhr ausdehnte. In der Zwischenzeit ging aber etwas vor, denn man konnte bemerken, daß der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Friedleben eifrig mit den Freunden seiner eigenen Fraktion, wie mit den liberalen Fraktionsführern verhandelte. Bald sollte es sich zeigen. Auf die Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion hatte man es abgesehen, die sich mit den Maßnahmen der Verwaltung wegen der mangelhaften Organisation in der Fleischverteilung beschäftigen sollte. War den Herrschaften die Anfrage unangenehm, wollte man eine Verschleppung herbeiführen, um dem Magistrat Zeit zum Bekümmern zu geben? Kurzum: es wurde gegen den Einspruch der Sozialdemokraten beschlossen, zunächst Herrn Stadtrat Professor Dr. Riechen den pädagogischen Lehrstuhl an der hiesigen Universität zu sichern. Und noch dazu in geheimer Sitzung. Was mag da alles dunkel sein?

Besonders beachtenswert ist das Verhalten der Fortschrittler und Nationalliberalen, die in der letzten Stadtverordnetenversammlung in Sachen der Lebensmittelversorgung sich so unendlich radikal gebärdeten. Das konnten sie auch, weil ja nur geredet wurde. Gestern aber, wo der Erfolg ihres Gesandtes von sozialdemokratischer Seite nachgewiesen werden sollte, kniffen die Taberner nach der Fortschrittler und liberaler Art. Was kümmert sie die Bedürfnisse der Massen? Sie sind die Vertreter der über 5000 Mark Einkommen, die heute noch Gelegenheiten haben, in beliebigen Quantitäten Fleisch zu erhalten! Die unmoralischen und widerwärtigen Verhältnisse, unter denen die unteren Schichten der Bevölkerung in der Nahrungsmittelversorgung zu leiden haben, scheinen sie nicht zu kennen. Wenigstens denken sie nicht daran, daß die in dumpfigen Räumen, zwischen Pfastersteinen, Ratschengeböden und Stadtmauern lebenden Menschen, mit ihren gebeugten und erschöpften Kernen unter dem heutigen Druck viel mehr zu erdulden haben, als diejenigen, die wenigstens einige Tage, und sei es auch nur eines einzigen Sonntags, in behaglicher Wohnung ihr Fleischstücken mit nachfolgendem Kalbsbraten und Kompost verzehren können. Hilfsbereit, ja, das wollen die Herrschaften wohl sein, aber ja nicht unter Preisgabe der eigenen Behaglichkeit. Darum mußte unter der fadenheinsten Begründung die Interpellation verschleppt werden. Das war der Ruck der Uebung.

Den bürgerlichen Herren ging die Pensionierung des Herrn Dr. Riechen mit 8—10000 Mark, neben den Einkünften des Lehrstuhls für Pädagogik, über die Lebensinteressen der Bürger. Das mögen sich die Bürger unter 5000 Mark Einkommen für künftige Zeiten wohl merken. Uebrigens war, wenn wir recht unterrichten sind, die Sache mit Dr. Riechen schon vor der Geheimhaltung in Ordnung. Und das charakterisiert gerade das Verhalten der Fortschrittler, die mutig die Schiebemaßnahmen haben, besonders. Wie immer: das verhältnismäßige Interesse einzelner Personen wird der Abstellung allgemeiner Lebensmittelpnot vorgezogen.

Die Vertreter der Presse gaben hierauf einmütig schon die richtige Antwort. Sie lehnten es ab, sich als

willfähige Kulis vom Vorsitzenden Dr. Friedleben und den Vertretern der bürgerlichen Parteien behandeln zu lassen, und verließen geschlossen das Haus Limburg. Ein Sympathiestreik für die hungernde, mangelnde Bevölkerung! Nur so konnte diese Rücksichtslosigkeit gebührend beantwortet werden. Kein Bericht über die mangelhafte Organisation in der Lebensmittelversorgung wird in diesem Falle auch seine Wirkung ausüben. Ob die Herrschaften aus dem Verhalten der Pressevertreter Lehren ziehen werden, soll der Zukunft überlassen bleiben. Und das Urteil überlassen wir der breiten Öffentlichkeit.

Frankfurt a. M., 21. Juni.

Die Sitzung wird um 1/2 6 Uhr durch den zweiten Vorsitzenden Graf eröffnet.

In den Vorlagen des Magistrats

wird eine Debatte nicht beliebt. Die einzelnen Vorlagen gehen an die Ausschüsse, zum Teil werden sie sofort verabschiedet. Die Vorlage der Merckenschen Stiftung wird der geheimen Sitzung überwiesen.

Ausgang-Berichte.

Die Punkte 1 bis 8 der Ausgang-Berichte: Bewilligung eines Zuschusses zur Errichtung weiterer Schreinerwohnungen und Beschaffung des erforderlichen Mobiliars; Gärtnerei-Verpachtung des Seidelplatzes; Rechnungsablegung der Maria-Kinder-Stiftung für 1915/16; Jahresabschluss des St. Katharinen- und Wohlfrauentischs für 1915; Jahresrechnung der unter städtischer Verwaltung stehenden Stiftungen für 1914; Haushaltsplan des Hospitals zum Heiligen Geist für 1916; Erlass eines neuen Ordnungsplans betr. die Errichtung eines Arbeitsamtes; Einweisung des im Zoologischen Garten beschäftigten Personals in die Reihen der städtischen Angestellten und Arbeiter, werden gleichfalls dem Magistrat zur Genehmigung überwiesen. Betreffs Errichtung von Parkbänken ersucht Berichterstatter Dorsch (Soz.) zur Tagesordnung überzugehen, dem auch stattgegeben wird.

Ein Antrag Dr. Rumpf (natl.) betrifft die Erleichterung für den Hausbesitz.

Die Stadtorordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung vom 14. September 1915 beschlossen:

Den Magistrat zu ersuchen:

- a) der Frage des Kleinwohnungsbaus nach dem Krieg schon jetzt durch städtische Erhebungen und Beratungen mit den geeigneten Vorgesetzten näherzutreten;
- b) den gemäßigten Ausbau zur Vermeidung der städtischen Grundbesitzverhältnisse mit der Berücksichtigung der Frage der günstigen Gestaltung und Förderung des Kleinwohnungsbaus zu befehlen.

Im Anschluß hieran beantragt Dr. Rumpf (natl.):

Die Stadtorordnetenversammlung möge beschließen, den Magistrat zu ersuchen:

1. Den Beschluß der Stadtorordnetenversammlung vom 14. September 1915 betr. des Kleinwohnungsbaus reichhaltiger zur Ausführung zu bringen, ungeachtet der auf vielfach unrichtigen Voraussetzungen beruhenden und darum treffenden Ausführungen der von der Verwaltungskommission für den gewerblichen Mittelstand, dem Hausbesitzverband Frankfurt a. M., E. u. W., und dem Verein der Hausbesitzer und Interessenten, E. u. W., in Frankfurt a. M. überreichten Denkschrift betr. die Errichtung von Kleinwohnungen aus städtischen Mitteln;
2. Maßnahmen vorzubereiten und zu treffen und, soweit sie die Zuständigkeit der oberen städtischen Behörden überschreiten, bei den zuständigen Zentralbehörden zu beantragen und zu unterstützen, welche geeignet sind, dem städtischen Hausbesitz Erleichterungen zu schaffen und dadurch die während des Krieges existierenden Ausfälle an Mietzinsen — wenigstens teilweise — auszugleichen, gleichzeitig auch die private Bau-tätigkeit zu fördern, und andererseits eine ungeheure Erhöhung der Wohnungskosten und die dadurch entstehende Überbelastung der Mieterhäuser zu vermeiden, wobei Maßnahmen in Betracht zu ziehen sind auf dem Gebiete des Immobilienverkehrs (z. B. durch weiteren Ausbau des städtischen Hypothekensystems, der Frankfurter Kreditgenossenschaft von 1914, der städtischen Pfandkassen usw.), auf dem Gebiete der Steuer- und Abgabenerleichterungen im weitesten Sinne (z. B. durch Verringerung der bisher bei Erhebung und Umlegung von Straßenherstellungskosten, Kanalbeiträgen und dergleichen angewendeten Grundsätze, durch Ermäßigung der Befreiungsschulden, unter Umständen auch der Haussteuer, und dergleichen), auf dem Gebiete der Baupolizei (z. B. durch erweiterte Zulassung der Unterteilung von Wohnungen) und auf dem Gebiete der den Haus- und Grundbesitz betreffenden Vermittlungstätigkeit (neben dem weiteren Ausbau der städtischen Wohnungsvermittlung z. B. durch Einzelheiten auf eine geschickte oder statutarische Regelung der Vermittlungstätigkeit).

Gegen den Antrag erheben die Mitglieder des Hausbesitzverbandes in einer Eingabe an die Stadtorordnetenversammlung Einspruch.

Dr. Rumpf (natl.) wendet sich, daß er in dieser Eingabe gerade von denjenigen angegriffen wird, zu deren Gunsten er seinen Antrag einbrachte. Er sagt, die Herren vom Hausbesitzverband wollen die Kleinwohnungsvereine ihren eigenen Interessen hintersetzen. Das geht unter keinen Umständen. Redner bekräftigt, der Magistrat möge recht bald eine vollständige Statistik der Vermittlung vorlegen, da die Denkschrift zweifellos von unrichtigen Voraussetzungen ausgeht. Die Zuschüsse der Kriegsfürsorge beginn. aus Stadtmitteln an Miete usw. betragen eine sehr erhebliche Summe; schon aus diesen Gründen sei es notwendig, den Hausbesitzern diese Zahlen einmal statistisch nachzuweisen, damit die richtigen Voraussetzungen klar nachgewiesen werden können.

Oberbürgermeister Reist betont, daß der Antrag Rumpf außerordentlich wichtig sei. Der Antrag, eine Statistik für leerstehende Wohnungen zu führen, ist bereits erledigt. 8 Prozent aller Wohnungen stehen zurzeit leer. Falls ein Bedürfnis vorliegen sollte, weitere Kleinwohnungen zu schaffen, sei der Magistrat nicht abgeneigt, hier entgegenzukommen. Verhandlungen mit den Kleinwohnungsvereinen schweben.

Webel (fortsch. Ept.) führt aus, daß er auch der Ansicht sei, späterhin die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, große Verluste, die durch den Krieg herbeigeführt wurden, zum Teil zu decken. Das hängt aber mit der Dauer und besonders mit dem Ausgang des Krieges zusammen. Heute könne man nur die Erwartung aussprechen, daß die Stadterhaltung nach Möglichkeit die Schäden des Krieges zu decken versucht.

Hüttmann (Soz.) weist darauf hin, daß man es nicht allein mit notleidenden Hausbesitzern zu tun habe; 70 bis 80 Prozent der Gesamtbevölkerung leide unter den Schäden des Krieges ganz allgemein. Man müsse große Hoffnungen setzen, daß man sich nicht auf städtische Hilfe verlassen könne, sondern daß man die großen, gewaltigen Aufgaben besonderer Art der Verwaltung erwachen. Überdies dürfe der Geburtenrückgang von 20 bis 30 Prozent bei dieser Gelegenheit nicht außer acht gelassen werden. Erwünscht sei, daß der Magistrat eingesehen hat, daß die Statistik über leerstehende Wohnungen, wie die Wohnungsverhältnisse überhaupt, ausgebaut werden muß. Schließlich ist es, die jetzt leerstehenden Wohnungen als Grundlage weiterer Erhebungen zu machen, da viele Familien während des Krieges ihren Haushalt aufgelöst haben. Alle Vorbereitungen müssen getroffen werden, einer künftigen Wohnungsnot vorzubeugen; denn jede Schlimm wäre es, wenn nach Beendigung des Krieges eine Wohnungsnot herrschen würde; dann würden die Hausbesitzer die Wohnungsmieten ganz gewaltig in die Höhe schrauben; angeblich sei das schon worden. Redner ist dafür, daß der Magistrat

den Antrag übermittle, bekannt, der ihm gründlich zu prüfen und danach Maßnahmen zu ergreifen hat.

Stadtrat Weidner lehnt es ab, kurzfristige statistische Erhebungen zu machen, da sie nur irreführend wirken. Der Schrei nach Statistik ist nicht angebracht. Es ist immer so — meint er —, wenn man nicht weiß, was man tun will, dann kommt der Ruf nach Statistik. Liegen die statistischen Erhebungen vor, dann sieht man jeweils, daß daneben gehalten worden ist. Überdies sei die Stadt Frankfurt durch den Ausbau der Kriegshypotheken viel weiter gegangen als andere Städte.

Kontaus (fortsch. Ept.) nimmt die Eingabe der Hausbesitzer gegenüber den Ausführungen des Stadtrats Weidner, Rumpf in Schutz.

Hüttmann (Soz.) wendet sich nochmals gegen Stadtrat Weidner und sagt, daß sein Vorschlag dahin gehe, sofort bei Beendigung des Krieges ein greifbares statistisches Material zur Hand zu haben, um daraus zu erkennen, wo zuerst zugegriffen werden muß.

Der Antrag Dr. Rumpf wird dem Magistrat als Material zur Prüfung und Beachtung überwiesen.

Die Interpellation zur Fleischversorgung.

die die sozialdemokratische Fraktion an den Magistrat gerichtet hat und lautet:

Wie gedenkt der Magistrat seinem und dem ausgesprochenen Willen der Stadtorordnetenversammlung Beachtung zu verschaffen, eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Frankfurt zur Verfügung stehenden Fleischmengen auf den Kopf der Bevölkerung als vorläufige Maßregel bis zur endgültigen Durchführung der vorgesehenen Rationierung herbeizuführen, nachdem sich am Samstag erneut gezeigt hat, daß ein Teil der Wehrte die erlassenen Bestimmungen umgeht?

Dr. Luars (Soz.) wendet sich sofort gegen das Anfragen und bemerkt, daß die Interpellation, die Stadtorordnete Dorsch von der sozialdemokratischen Fraktion kurz begründen soll, wichtiger ist, als die Vorlage, und ersucht, zunächst in der Öffentlichkeit weiter zu verhandeln.

Rund (fortsch. Ept.) und Weidner (natl.) widersprechen dem. Wegen die Stimmen der Sozialdemokraten wird die Verlesung beschlossen, die Geheimhaltung beginnt, und die Vertreter der Presse beschließen einstimmig, an den weiteren Verhandlungen nicht teilzunehmen und einen Bericht über diesen Punkt nicht zu bringen, um die Rücksichtslosigkeit des Vorsitzenden und der gesamten bürgerlichen Stadtorordneten gegenüber der Presse nach Gebühr zu kennzeichnen.

In der nichtöffentlichen Sitzung wurde über die Errichtung des pädagogischen Lehrstuhls an der Universität und der damit in Zusammenhang stehenden Fragen, Pensionierung des Stadtrats Dr. Friesen und Neuwahl eines beabsichtigten Stadtrats verhandelt. Wegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion gelangte schließlich die Magistratsvorlage zur Annahme.

Gegen Störung des Gottesdienstes in der Synagoge sind vom Landgericht Frankfurt a. M. am 24. März die Brüder Jakob, Simon und Max Sedbach, sämtlich Wehrte in Hedderheim, zu je 3 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Am 10. September 1915, dem zweiten jüdischen Feiertage, nahmen sie am Gottesdienst in der Synagoge ihres Wohnortes teil. Simon Sedbach, welcher ohrenschallend ist, kam mit dem frischen Ohr aus irgend einer Weise in das Gebetsbuch seines Nachbarn und glaubte, dieser habe ihn absichtlich gestochen. Er begann sofort zu schreien und zu schimpfen und seine beiden Brüder taten ein Gleiches. Ein Mitangehender, welcher schwermütig ist, hat bekundet, daß es sich um ein fürchterliches Gekröhl gehandelt habe. Das Gebet wurde wegen des Lärmes für einige Minuten unterbrochen. Es lag also eine Störung des Gottesdienstes vor. Das Gericht hatte angenommen, daß die Angeklagten vorsätzlich gehandelt haben, weil sie schon früher Reizung dazu bekundet haben. Die Revision der Angeklagten wurde heute vom Reichsgericht unter Bezugnahme auf die einwandfreien Feststellungen als unbegründet verworfen.

Fleischverteilung an Wochhäuser, Gast- und Schankwirtschaften, Fremdenpensionen, Kantinen und ähnliche Einrichtungen. Gastwirte haben nur für die zu ihrem eigenen Haushalt gehörenden Personen sich bei ihren Wehrten in die Kundenliste eintragen zu lassen. Die für den Wirtschaftsbetrieb benötigte Fleischmenge ist auf einem bei der städtischen Brotverteilungsstelle, Abteilung für Vieh, Viehhaltung, abzuholen. Formular bis spätestens Samstag den 24. Juni d. J. anzuliefern. Spätere Anmeldungen bleiben unberücksichtigt.

Neues aus aller Welt.

Wetterkatastrophen. Im nördlichen Teil der rumänischen Provinz Moldau herrschen große Gewitter. Regen und Hagel haben schweren Schaden verursacht. In Jassy sind 50 Menschen umgekommen. Besonders schwer betroffen wurde der Bezirk von Botoschani, wo infolge des Hochwassers mehrere Personen ertrunken sind. Der Bahnverkehr wurde eingestellt. — Das wochenlange Regenwetter gefährdet in der Schweiz die Ernte an Getreide und anderen Futtermitteln schwer. Wenn nicht bald ein Witterungswechsel eintritt, wird eine Miß- und Viehnot befürchtet.

Die Berliner Frauenmörderinnen. Das Reichsgericht hat die Revision der beiden Berliner Frauenmörderinnen, der Friseurin Johanna Ullmann und der Arbeiterin Anna Sonnenberg, die vom Schwurgericht Berlin wegen Mordes zum Tode und zu 2 Jahren Zuchthaus begnadigt worden waren, verworfen. Es handelt sich um die Ermordung der Martha Franzke am 16. März in dem Friseurgeschäft Ullmann.

Telegramme.

Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz.

Paris, 20. Juni. Eine amtliche Note gibt die Beschlüsse bekannt, die die vom 14. Juni bis 17. Juni in Paris tagende Wirtschaftskonferenz der alliierten Regierungen zu unterbreiten beschlossen hat. Es soll verboten werden der Handel mit 1. Einwohnern der feindlichen Länder, gleichgültig welcher Staatsangehörigkeit sie sind, 2. mit feindlichen Staatsangehörigen, gleichgültig wo sie ihren Wohnsitz haben, 3. mit Einzelpersonen, Gesellschaften und Handelsfirmen, die dem Einfluß des Feindes unterworfen sind. Die Alliierten unterliegen außerdem den Einträgen aller aus den Ländern des Feindes stammenden Waren in ihr Gebiet. Sie werden endlich die bereits gegen die Lebensmittelversorgung des Feindes getroffenen Maßnahmen durch Vereinheitlichung der Warenlisten und entsprechende Anordnungen vervollständigen. Weiter sollen die Alliierten dem Feinde die Zulassung der Bezahlungskäufe für eine Zahl von Jahren verweigern, die im Wege eines allgemeinen Abkommens bestimmt wird; zugleich kommen die Alliierten überein, sich gegenseitig während dieser Jahre in jedem möglichen Maße Ausgleichsmärkte zu sichern. Sie kommen weiter überein, sich gegenseitig während desselben Zeitraums der Ruhen ihrer natürlichen Hilfsquellen vorzubehalten. Sie beschließen endlich, einen Zeitraum festzusetzen, während dessen der Handel mit feindlichen Werten einer besonderen Aufsicht der Spezial-

normen unterworfen werden soll. Endlich sollen die Alliierten unerschütterlich die nötigen Maßnahmen treffen, um sich von jeder Abhängigkeit von den feindlichen Ländern frei zu machen. (In diesen herausgegebenen Wein ewiger Feindschaft wird noch sehr viel Wasser gegossen werden.)

Zur gest. Beachtung!

Die Postabonnements müssen jetzt unverzüglich aufgegeben werden, damit in der Zustellung keine Verzögerung eintritt. Insbesondere wollen alle Vertrauensleute und Träger in den neugewonnenen Orten diese Mahnung beachten.

Vom Tage der Bestellung bei der Post bis zur Lieferung der Zeitung vergehen meist 3—4 Tage, weil die Post diese Zeit zu den Meldungen in den einzelnen Orten benötigt. Die Expedition.

Wiesbadener Theater.

Königliches Theater.

Mittwoch, 21. Juni, 7 Uhr: „Polemik“. Donnerstag, 22. Juni, 7 Uhr: „Prinz Friedrich von Homburg“. Freitag, 23. Juni, 7 Uhr: „Robert und Bertram“. Samstag, 24. Juni, 7 Uhr: „Figaros Hochzeit“. Sonntag, 25. Juni, 7 Uhr: „Lannhäuser“. Montag, 26. Juni, 7 Uhr: „Die Habsburgerin“. Dienstag, 27. Juni, 7 Uhr: „Margarite“. Mittwoch, 28. Juni, 7 Uhr: „Die Abreise“. „Der Barbier von Bagdad“. Donnerstag, 29. Juni, 7 Uhr: „Raskolnikoff“. Freitag, 30. Juni, 7 Uhr: „Graf Waldemar“.

Spielplan der Frankfurter Theater.

Frankfurter Opernhaus.

Donnerstag, 22. Juni, 7 1/2 Uhr: „Liesl und Michael“. (Pedro: Herr Karl Pieper vom Stadttheater in Hamburg a. S.) 34. Vorstellung im Donnerstag-Abonn. Gew. Pr. Freitag, 23. Juni, 7 1/2 Uhr: „Die Entführung aus dem Serail“. (Karl: Abonn. Vorstellung bei ermäßig. Pr. Samstag, 24. Juni, 7 1/2 Uhr: „Rigoletto“. (Gilda: Frau Inge Thoren vom Stadttheater in Elberfeld a. S.) 34. Vorstellung im Samstag-Abonn. Gew. Pr. Sonntag, 25. Juni, 7 1/2 Uhr (zum ersten Male): „Die ideale Gattin“. Operette in 3 Akten. Musik von Franz Lehar. 35. Vorstellung im Sonntag-Abonn. Gew. Pr. Montag, 26. Juni, 7 1/2 Uhr (Vorstellung für den Verband Deutscher Handlungsgehilfen zugunsten seiner Kriegsunterstützungskasse): „Der Freischütz“. (Karl: Abonn. Gew. Pr. (Zu dieser Vorstellung sind nur Eintrittskarten für die Probenkassenbesitzer der Parkeits, Balkons, 1. und 2. Rang an der Kasse erhältlich.) Dienstag, 27. Juni, 7 1/2 Uhr: „Martha“. (Karl: Frau Inge Thoren vom Stadttheater in Elberfeld a. S.) 35. Vorstellung im Dienstag-Abonn. Gew. Pr. Mittwoch, 28. Juni, 7 1/2 Uhr (zum Besten der Großen Theatralen-Pensions-Anstalt der Vereinigten Stadttheater. Gastspiel der Frau Hedwig Schado): „Das Glöckchen des Eremiten“. (Karl: Priquet: Frau Schado a. S.) 36. Vorstellung im Donnerstag-Abonn. Gew. Pr. Donnerstag, 29. Juni, 7 1/2 Uhr: „Die ideale Gattin“. 36. Vorstellung im Donnerstag-Abonn. Gew. Pr. Freitag, 30. Juni, 7 1/2 Uhr (Vollvorstellung): „Die Entführung aus dem Serail“. (Karl: Abonn. Ermäßig. Pr.

Vom Freitag den 16. Juni bis mit Samstag den 22. Juli dieses Jahres bleibt das Schauspielhaus geschlossen.

Neues Theater.

Donnerstag, 22. Juni, 8 Uhr (zum letzten Male): „Das Fräulein vom Amt“. Gew. Pr. Freitag, 23. Juni, 8 Uhr (Gastspiel Oskar Braun von der Komischen Oper Berlin. Zum ersten Male): „Der Favorit“. Operette von Rich Grünbaum und Wilhelm Stief. Musik von Robert Schö. Gew. Pr. Samstag, 24. Juni, 8 Uhr: „Der Favorit“. Gew. Pr. Sonntag, 25. Juni, 8 1/2 Uhr: „Pension Schaller“. Befond. ermäßig. Pr. — 8 Uhr: „Der Favorit“. Gew. Pr. Montag, 26. Juni, 8 Uhr: „Der Favorit“. Gew. Pr.

Buchhandlung Volksstimme, Frankfurt a. Main. Großer Hirschgraben 12

Sozialdemokratie und nationale Verteidigung

Herausgegeben vom

Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Preis 75 Pfennig :: Vereinsausgabe 40 Pfennig

Inhalt: Was wir immer betont haben. — Wie war es im Jahre 1870? — Die Meinung von Friedrich Engels. — Wie urteilte Wilhelm Liebknecht? — Auer und Vollmar. — Und nun August Bebel. — Die Meinung anderer Parteiführer. — Aus den Wahlhandbüchern der Partei. — Was sagt das Erfurter Programm? — Was sagt die sozialistische Wissenschaft? — Im Urteile der Internationale.

Buchhandlung Volksstimme, Frankfurt a. Main. Großer Hirschgraben 12

Die Bestrebungen für eine wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns

Preis 1 Mark

Protokoll der Verhandlungen, die am 9. Januar 1916 zwischen der sozialdemokratischen Fraktion des deutschen Reichstages, dem sozialdemokratischen Parteivorstand und Parteiauschuß, der Generalkommission und den Vorständen der deutschen Gewerkschaften, einer Vertretung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und einer Vertretung der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs und der österreichischen Gewerkschaften in Berlin über die wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns stattfanden.